

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

22. Sitzung vom 7. Dezember 2020 von 19:00 bis 21:35 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Meinrad Meyer, Präsident
Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz **Einwohnerrat 19.00 – 21.33 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrats: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Roland Vogt, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Thomas Burkard, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Jessica Wüest, Kanzlei
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Matthias Schatzmann, Chef Stv. Regionalpolizei
Andrea Kyburz, Chef Stv. II Regionalpolizei
Roland Frick, Leiter Finanzen
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt
Roger Isler, Leiter Umwelt und Energie
Samantha Cipolla, Liegenschaften und Anlagen
Stephan Textor, Kommunal Partner AG

Entschuldigungen Stefanie Dietrich, CVP
Thomas Urech Lüthi, GLP
Mergim Gutaj, SP

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 14057 (überarbeitete Version) Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Projektierung der Umbaumaassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57
3. Antwort zur Anfrage 14083 betreffend Standort Kantonspolizei Stützpunkt Freiamt
4. Bericht und Antrag 14106 Erhöhung Stellenplan – Finanzen, Regionalpolizei sowie Liegenschaften und Anlagen (inkl. Hauswarte und Reinigungspersonal)
5. Antwort zur Anfrage 14067 betreffend Stellenetat der Gemeinde Wohlen AG
6. Bericht und Antrag 14107 Gesamtrevision Abfall-Reglement vom 1. Oktober 2001 inkl. verursachergerechte Finanzierung

Meyer Meinrad, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 9. November 2020 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 14057 (überarbeitete Version) Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Projektierung der Umbaumaassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57
- Antwort zur Anfrage 14083 von Werner Dörig, FDP, betreffend Standort der Kantonspolizei Stützpunkt Freiamt
- Bericht und Antrag 14106 Erhöhung Stellenplan für die Abteilungen Finanzen, Regionalpolizei, Liegenschaften und Anlagen (inkl. Hauswarte und Reinigungspersonal)
- Antwort zur Anfrage 14067 betreffend Stellenetat der Gemeinde Wohlen AG
- Bericht und Antrag 14107 Gesamtrevision Abfall-Reglement vom 1. Oktober 2001 inkl. verursachergerechte Finanzierung
- E-Mail Anfrage vom Schweizerischen Roten Kreuz zur Aktion „2 x Weihnachten“. Sie können sich noch bis am 11. Dezember 2020 bei Sonja Geissmann beim Roten Kreuz Aargau anmelden. Das Rote Kreuz würde sich über eine tatkräftige Unterstützung aus der Wohler Politik freuen. Die Aktion findet dann am Mittwochmorgen 24. Februar 2021 in der Bleichi Wohlen statt.

Es liegt auf

- Flyer Lenzburger Frauentag
- Fläschenpost der Pfadi Wohlen
- Chlaussäckli für die Mitglieder des Einwohnerrates

Fraktionserklärung

Büchi Roland, SVP: Mitteilung der SVP Wohlen-Anglikon zur Ausgabe der amtlichen Publikation der Gemeinde Wohlen AG in der Ausgabe Nr. 43 vom 27. November 2020:

Der Gemeinderat plant eine vorübergehende Verkehrsbeschränkung für die Dauer der Sanierung Nutzenbachstrasse (ca. 3 Jahre) mit einem Fahrverbot für Motorwagen und Motorräder, ausgenommen Zubringerdienst und Feuerwehr, rund um das Aesch- und Wil-Quartier. Was für ein weiterer Schildbürgerstreich für unsere Verkehrspolitik in Wohlen.

Im Jahr 2013 wurde beschossen, in sämtlichen Quartierstrassen soll zukünftig nur noch mit Tempo 30 gefahren werden. Argumentiert wurde damals vor allem mit einer höheren Verkehrssicherheit und weniger Lärm durch weniger Verkehr in den Quartieren. In der Zwischenzeit wurden diese Pläne in vielen Quartieren umgesetzt und tausende von Steuerfranken wurden dafür verbraten.

So auch im betroffenen Aesch- und Wil-Quartier. Mit den gleichen Argumenten wurde, vor nicht so langer Zeit, zuerst die Allmendstrasse verschmälert und angeblich sicherer gemacht. Mit Tempo 30 wurde der Verkehr dann in diesem Quartier gebremst und so angeblich die Sicherheit erhöht. Weitere Schikanen folgten, da die Einführung von Tempo 30 nachträgliche Verkehrsmassnahmen verlangt. Ausgebremst wurde mit diesen Massnahmen einmal mehr der Individualverkehr. Und jetzt, einige Jahre später, soll nun der Verkehr ganz ausgeschlossen werden und das nur, weil sich einige Anwohner an der aktuellen Verkehrssituation in ihrer Ruhe gestört fühlen oder sich Eltern um das Wohl der Schulkinder sorgen, welche heute sicher auf den breiten Trottoirs und Fussgängerstreifen unterwegs sind oder von ihren Müttern begleitet oder in die Schule gefahren werden.

Die Verkehrssituation im Zentrum von Wohlen ist durch den Ausbau der Nutzenbachstrasse tatsächlich unbefriedigend. Lange Kolonnen durch die Freiämterstrasse, Zentralstrasse, Jurastrasse, Anglikerstrasse und die Bremgarterstrasse sind störend und können durch die Ausweichung in die Quartiere teilweise entschärft werden. Damit soll in Zukunft Schluss sein? Der Gemeinderat will noch mehr Verkehr auf diesen Hauptverkehrsachsen! Wie soll der Verkehr dort überhaupt noch fließen, wenn zusätzlich alle 50 Meter noch ein Fussgängerstreifen eingezeichnet ist? Warum soll das höhere Verkehrsaufkommen nicht von der ganzen Bevölkerung in Wohlen getragen werden?

Will zukünftig eine Mutter aus Villmergen ihr Kind zum Schüwo-Park Wohlen fahren, dann darf sie durch das ganze Zentrum bis nach Anglikon und dann über die Nutzenbachstrasse zum Schüwo-Park fahren, denn sie ist weder eine Anwohnerin oder besucht eine Anwohnerin, noch führt sie Arbeiten aus oder liefert eine Ware in dieses Gebiet. Aktuelle Fahrzeit mindestens 20 Minuten! Die Fahrt über Dottikon wäre vermutlich schneller, doch so ein Unsinn kann doch nicht der Ernst unseres Gemeinderates sein. Müssen wir uns in Wohlen einer linken städtischen Verkehrspolitik unterwerfen lassen? Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass er durch diese unnötige Umfahrung seinen eigenen Betrieb, den Schüwo-Park, benachteiligt und das lokale Gewerbe in diesem Gebiet schikaniert? Und ist eine Aufwertung der Zentralstrasse bei dieser Verkehrsbelastung im Zentrum überhaupt noch möglich oder auch notwendig?

Angeblich soll dieses Fahrverbot nur während der Bauphase gelten und dann 2022 wieder rückgängig gemacht werden. Dürfen wir den Gemeinderat daran erinnern, dass das Gebiet rund um die Wehrlstrasse heute noch für den Individualverkehr gesperrt bleibt und dies obwohl die Migros vor vielen Jahren fertig gebaut wurde, ja in der Zwischenzeit schon wieder umgebaut hat. So wird es auch bei dieser Verkehrsbeschränkung der Fall sein!

Wir fordern den Gemeinderat auf, seine Verkehrspolitik um 180 Grad zu ändern und aufzuhören, den Individualverkehr weiter zu schikanieren. Es braucht Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer, nicht nur für den ÖV, den Velo- und den Fussgängerverkehr! Die SVP Wohlen-Anglikon fordert die Bevölkerung auf, aktiv gegen dieses Vorhaben bis am 4. Januar 2021 vorzugehen!

Bericht und Antrag 14057 (überarbeitete Version) Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Projektierung der Umbaumaassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57

Dörig Werner, FGPK: Eine Investition in die Zukunft ist der neue Standort der Regionalpolizei an der Wilstrasse. Die überarbeitete Vorlage wurde zusammen mit dem Gemeinderat an der Sitzung vom 19. November intensiv diskutiert.

Es handelt sich um eine Investition in einen modernen Polizeibetrieb. Die heute geltenden Normen wie das Einrichten von Sicherheitszonen, Einvernehmeräume, Einstellzellen usw. können bewerkstelligt werden. Die Garagierung und eine gesicherte Unterbringung von allen Einsatzfahrzeugen an einem Standort, schnelles Ausrücken und auch bedarfsgerechte Arbeitsplätze sind Voraussetzungen für eine moderne Polizei, die für aktuelle und künftige Aufgaben in einer sehr rasch sich wandelnden Gesellschaft und Bevölkerungsstruktur gewappnet sein muss. Die immer komplexer werdenden polizeilichen Arbeitsabläufe im 21. Jahrhundert können in den wenigsten Fällen in nicht modernisierten Polizeiposten aus dem 20. Jahrhundert bewältigt werden. Es ist wichtig, dass der neue Polizeiposten im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum, einhergehend mit einer kontinuierlichen Erhöhung des Personalbestandes der Polizei, ausbaufähig sein wird. Wie auch immer die Polizeilandschaft im Kanton Aargau sich entwickeln wird – ein entscheidender Vorteil und auch Voraussetzung für einen neu zu schaffenden Polizeiposten am Standort Wilstrasse ist, dass Gebäude und Infrastruktur auch bei einer Abkehr vom dualen Polizeisystem (Regionalpolizei und Kantonspolizei) hin zur Einheitspolizei (nur noch Kantonspolizei) ohne weitere grössere Investitionen genutzt werden kann. Die Nutzwertanalyse der Standorte Wilstrasse 57 und Bahnhofweg 6, die der Gemeinderat vorgenommen hat, zeigt als Gesamtergebnis den Standort Wilstrasse 57 mit deutlichem Vorteil. Dieser Sichtweise kann sich die FGPK im Grossen und Ganzen anschliessen. Diese Nutzwertanalyse, die uns der Gemeinderat im Rahmen der Aktenaufgabe zur Kenntnis bringt, wäre für die FGPK an der ersten Sitzung zwischen Gemeinderat und FGPK am 5. September vergangenen Jahres als Entscheidungsfindung und Evaluation für den künftigen Standort des neuen Polizeipostens hilfreich gewesen. Wie wir aber heute wissen, war der Standort Bahnhofweg für den Gemeinderat dazumal bereits Makulatur.

Die FGPK sieht heute keine Alternative zum Standort Wilstrasse. Sie teilt somit die Zielsetzung des Gemeinderates, die Polizei und die für die Sicherheit der Bevölkerung zuständigen Einheiten wie ZSO und Feuerwehr an einem Standort zusammenzuführen.

Nachteilig wirkt sich der neue Standort als Anlaufstelle für die Bevölkerung aus, weil sich nach dem Auszug der Kantonspolizei und dem Wegzug der Regionalpolizei aus dem Gemeindehaus kein Polizeiposten mehr im Zentrum der «Zentrums-Gemeinde» Wohlen befindet. Für den Umstand, dass der Gemeinderat im Gemeindehaus einen Schalter der Regionalpolizei als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Betrieb halten will, hat die FGPK zwar Verständnis, es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies einer Bündelung polizeilicher Kräfte zuwiderläuft. Kommt dazu, dass im Legislaturprogramm 2018-2021 festgehalten ist, dass die Regionalpolizei an einem einzigen Standort zusammengeführt wird.

Ein grosser Nachteil ist zudem, dass der langjährige Mieter, Fa. Nay Engineering AG, mit der Kündigung seines Firmensitzes konfrontiert ist. Wir wissen und wir schätzen es, dass es sich der Gemeinderat mit der wahrscheinlich bevorstehenden Kündigung der Fa. Nay Engineering nicht leicht macht und in ständigem Austausch mit der Firmenleitung ist.

Vergangenheit ist die erste Vorlage. Diese erste Vorlage über einen neuen Standort Wilstrasse für die Regionalpolizei, datiert vom 19. August 2019, wurde an der Sitzung vom 5. September 2019 mit dem Gemeinderat kontrovers diskutiert worden. Damals war der Posten der Kantonspolizei am Standort Bahnhofweg noch in Betrieb. Die FGPK hat einen Standortvergleich Wilstrasse/Bahnhofweg als Entscheidungsgrundlage und Evaluation gewünscht. Wir wollten damals über alle Fakten Bescheid wissen, bevor über einen Projektierungskredit, was ja unmittelbar mit dem Standortentscheid verbunden ist, entschieden wird.

Schon bei dieser Diskussion ging es der FGPK nicht darum, einen Standort Wilstrasse zu verhindern. Wie wir wissen, nahm der Gemeinderat nach der Rückweisung durch die Kommission das Geschäft kurzerhand von der Traktandenliste. Der Gemeinderat kommuniziert in der aktuellen Vorlage, dass er am 13. Mai 2019 den definitiven Entscheid für den Standort Wilstrasse gefällt habe. Vier Monate später ist die Vorlage an der erwähnten Sitzung vom 5. September 2019 zwischen FGPK und Gemeinderat traktandiert worden. Der definitive Entscheid des Gemeinderates für den Standort Wilstrasse war weder Teil der ersten Vorlage vom 19. August 2019, noch hat der Gemeinderat an der Sitzung vom 5. September 2019 die FGPK vom definitiven Entscheid in Kenntnis gesetzt. Das heisst, an dieser Sitzung wurde über einen Sachverhalt diskutiert, über Vor- und Nachteile der Standorte Bahnhofweg und Wilstrasse, über Kosten, über Parkplätze usw. – also über einen Sachverhalt der zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr gegeben war. Dieser Umstand, dass die Kommission vom Gemeinderat im Unklaren gelassen worden ist, ist für die FGPK nicht nachvollziehbar. Die FGPK lädt den Gemeinderat ein, Verhältnis und Zusammenarbeit mit der FGPK zu optimieren.

Die FGPK – und jetzt schauen wir wieder in die Zukunft – stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich möchte einen Dank an den Sprecher der FGPK aussprechen für diese insgesamt wohlwollende und ausgewogene Darstellung.

Ich möchte daran erinnern, dass der Verpflichtungskredit für die Umbaumaassnahmen an der Wilstrasse für die Projektierung gedacht ist und noch nicht für das Bauprojekt. Das müssen wir ins Auge fassen und sehen, dass der Informationsstand und die Unterlagen, die wir zu diesem Vorprojekt geliefert haben, unüblich umfassend sind. Das steht im Zusammenhang mit der Geschichte dieses Projekts, die Werner Dörig bereits zusammengefasst hat.

Es ist an der Zeit, dass die Regionalpolizei endlich umziehen kann. Für den Gemeinderat ist das ganz klar. Die räumlichen Verhältnisse im Gemeindehaus sind in jeglicher Hinsicht ungenügend. Die räumlichen Verhältnisse an der Wilstrasse sind hingegen sehr passend und vor allem auch in Zukunft ausreichend. Es stehen noch etliche Aufstockungen bei der Regionalpolizei an.

Zum Standortentscheid des Gemeinderats: Der Gemeinderat sieht es etwas anders, als das der Sprecher der FGPK es geschildert hat. Die Auswahlendung zum Standort wurde nie geplant. Die FGPK hatte es so aufgefasst, dass der Gemeinderat ihnen eine Auswahl zu verschiedenen Standorten präsentieren würde. Das können wir in dieser Form gar nicht tun. Um dem Einwohnerrat eine beschlussfähige Vorlage unterbreiten zu können, muss sich der Gemeinderat intern auf einen Vorschlag zuhanden des Einwohnerrats einigen. Der Einwohnerrat kann dann immer noch abschliessend entscheiden, ob er diesen Standortvorschlag des Gemeinderates annehmen oder ablehnen will. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen den vorliegenden Antrag für die Projektierung der Umbaumaassnahmen an der Wilstrasse 57 anzunehmen.

Fraktionsmeinungen

Pascalina Laura, SP: Den Bericht und Antrag erachtet die Fraktion SP als äusserst detailliert. Für einen Verpflichtungskredit einer Projektierung geht der Bericht und Antrag erstaunlich in die Tiefe. Es ist klar ausgewiesen, dass die Räumlichkeiten der Regionalpolizei im Gemeindehaus nicht zeitgemäss sind. Die 19 Mitarbeitenden der Regionalpolizei müssen auf engstem Raum zusammen arbeiten. Zudem fehlen betriebsnotwendige Räume wie Einvernahmeräume und Arrestzellen. Apropos Arrestzelle, diese hätten wir vor ein paar Monaten dringend gebraucht mit diesen Angriffen auf den Gemeindeamman und Harry Lütolf.

Der Platzbedarf ist ganz klar dargelegt, weil die nächsten paar Jahre vier bis fünf Arbeitsplätze der Regionalpolizei Villmergen auch nach Wohlen umziehen werden. Dazu kommt, dass mit dem Wachstum der Bevölkerung die Anzahl der Mitarbeitenden der Regionalpolizei auch steigen wird. Das wiederum heisst, dass es in Zukunft noch mehr Raumbedarf geben wird. Die Liegenschaft Wilstrasse bietet die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsplätze zukünftig umzusetzen. Der Vollumbau wird dann auch im Jahr 2030 erfolgen müssen.

Als weiteren Pluspunkt erachtet unsere Fraktion, dass die Liegenschaft an der Wilstrasse der Gemeinde gehört und somit wirtschaftlicher ist als die Bahnhofstrasse-Variante – die jetzt sowieso nicht mehr zur Debatte steht.

Die SP Fraktion hat auch Bedenken, wenn es um die Erschliessung geht. Eigentlich fehlt es an der Wilstrasse an ÖV-Verbindungen, es ist nicht Fussgängergerecht und eigentlich ist es überhaupt nicht erschlossen. Die Verkehrssituation ist mit der Niedermatten, wo die Eltern ihre Kinder ein- und ausladen, mit dem Winterquartier des Circus Monti (mit den grossen Lastwagen) und mit dem Brings, wo die Autos ein- und ausfahren, gar nicht ideal. Wir erwarten hier eine adäquate Lösung des Gemeinderates.

Kurz noch zum Bürgerbüro. Unsere Fraktion begrüsst, dass im Gemeindehaus ein Schalter oder eine Anlaufstelle bestehen bleibt und somit die Bürger für regionalpolizeiliche Dienstleistungen weiterhin in das Gemeindehaus gehen können.

Die SP Fraktion wird dem Bericht und Antrag zustimmen. Danke.

Eberhart Andreas, SVP: Der FGPK Sprecher hat bereits alles erwähnt. Die SVP Wohlen/Anglikon stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Keller Anna, Grüne: Wir befürworten den Ausbau an der Wilstrasse für die Regionalpolizei Wohlen. Dass die jetzige Situation im Gemeindehaus ungenügend und eng ist, ist seit längerem bekannt. Eine bessere Arbeitssituation und insbesondere getrennte Garderoben und Toiletten für Frauen und Männer halten wir für wichtig. Wichtig ist uns aber auch der verbleibende Schalter der Regionalpolizei im Gemeindehaus und damit mitten im Dorf eine Anlaufstelle. Die Lage am Rande von Wohlen ist nach unserer Ansicht nämlich der einzige Nachteil der Wilstrasse. Mit dem Schalter im Gemeindehaus ist eine gute Variante gefunden worden, um für alle Menschen auch ohne Auto eine gute Erreichbarkeit der Polizei zu bieten.

Wir schätzen es auch, dass der neue Standort der Regionalpolizei genügend Platz bietet, um für eine weitere Vergrösserung des Korps für längere Zeit gerüstet zu sein. Dass die Regionalpolizei sicher wachsen muss, ist deutlich an den vielen Bauvorhaben in Wohlen und in der Region und der damit zunehmenden Bevölkerung zu erkennen.

Heinrich Daniel, CVP: Wir von der CVP haben uns ausführlich mit dem überarbeiteten Projekt auseinandergesetzt. Unsere Region, mit ihren Gemeinden wächst stetig. Dadurch benötigt es mehr Ordnungshüter. Wir sind dafür verantwortlich, dass die Regionalpolizei ihren Dienst richtig organisieren und ausführen kann. Doch zurzeit stösst die Regionalpolizei im Gemeindehaus an ihre Grenzen. Das heisst konkret: zu wenig Platz, die Besprechungsräume entsprechen nicht dem geforderten Standard, zu wenig gesicherte Zonen, zu wenig Arrestzellen, zu wenig Einvernahmerräumlichkeiten, die Garderoben und Nasszellen sind veraltet und es stehen nicht genügend Parkplätze zur Verfügung. Ich könnte noch viele weitere Punkte aufzählen, die noch nicht in Ordnung sind. Nun soll ein neues Zentrum entstehen, in dem die Regionalpolizei mit den anderen Blaulichtorganisationen zusammen einquartiert ist.

Dass die Gemeinde sich nicht fremd einmieten will um Kosten zu sparen macht Sinn, jetzt und in Zukunft. Der Gemeinderat will die Investitionen für die Regionalpolizei im eigenen Gebäude tätigen. Das ist ein guter und für die Zukunft wichtiger Entscheid. Was wir von der CVP jedoch nicht nachvollziehen und akzeptieren können ist, dass das neue Projekt wieder einige CHF 100'000 teurer werden soll. Die Begründung dafür sei, dass die vorher verantwortliche Person in der Abteilung Liegenschaften und Anlagen nicht alles oder ungenau gerechnet habe. Es war doch eine Fachperson, oder etwa nicht? Wir von der CVP wollen, dass die ursprünglich eingeplanten Reserven von CHF 185'000 nicht angerührt werden. Ebenfalls wollen wir, dass der Polizeiposten im Gemeindehaus weiterhin vorhanden bleibt, so wie uns das der Gemeinderat mitgeteilt hat, einfach in einer kleineren Version. Die CVP wird diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Eine Zentralisierung an einem Standort sowie das zur Verfügung stellen der notwendigen Räumlichkeiten steigern die Effektivität und die Effizienz der Regionalpolizei. Das verspricht für die Zukunft, dass die zur Verfügung gestellten Personal- und Raumressourcen besser zum Wohl und Schutz der Bevölkerung eingesetzt werden können. Und wenn die Infrastruktur optimal ausgelegt ist, kann auch der Betrieb kostengünstiger geführt werden. Wir haben jedoch noch folgende vier Forderungen an den Gemeinderat:

1) Zusammenführen der Regionalpolizei an einem Standort

Es gibt keine Aussenposten, Büro, Lager oder sonstige Räumlichkeiten mehr ausserhalb der Liegenschaft Wilstrasse 57

2) Kostenoptimierung

Das Bauprojekt ist so auszugestalten, dass die Investitionskosten wesentlich unter CHF 1,5 Mio. zu stehen kommen.

3) Einheitspolizei

Das Bauprojekt ist so auszugestalten, dass bei einer allfälligen Zusammenlegung der Kantons- und Regionalpolizei zur Einheitspolizei, diese Investitionen nicht verloren sind. Sondern, dass der Einheitspolizei in Wohlen optimale Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können.

4) Folgekosten

Im Bericht und Antrag für das Bauprojekt ist aufzuzeigen, welche Umbaukosten nach dem Auszug der Regionalpolizei im Gemeindehaus anfallen werden. Wir gehen davon aus, dass die heutigen Regionalpolizeibüros anschliessend für andere Gemeindeabteilungen genutzt werden. Und dies wird, wie wir den Gemeinderat kennen, nicht ohne Kosten erfolgen.

Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird den Verpflichtungskredit genehmigen.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Die Fraktion EVP/GLP findet die jetzige Situation mit der Verteilung der Regionalpolizei auf sechs verschiedene Standorte sehr ungünstig und begrüsst daher die vorliegende Projektierung mit dem Ziel des Umzugs der Regionalpolizei in eine gemeindeeigene Liegenschaft und das weitgehende Zusammenführen an einem Standort. Das Beibehalten eines Schalters im Gemeindehaus findet unsere Fraktion eine gute Lösung. Es trägt dem Sicherheitsbefinden unserer Bevölkerung Rechnung und stellt eine gute Erreichbarkeit der Regionalpolizei sicher. Die Fraktion EVP/GLP wird diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Projektierung der Umbaumaassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57 für die Regionalpolizei Wohlen im Gesamtbetrag von CHF 145'000 (inkl. 7.7% MWST)

wird einstimmig zugestimmt.

**Antwort zur Anfrage 14083 betreffend Standort Kantonspolizei
Stützpunkt Freiamt**

Meyer Meinrad, Präsident: Möchte Werner Dörig die Diskussion oder ist er mit den Antworten zufrieden.

Dörig Werner, FDP: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Fragen. Ich stelle keinen Antrag auf eine Diskussion. Der fehlende Standort der Kantonspolizei in Wohlen muss aber weiterhin ein Thema bleiben.

Bericht und Antrag 14106 Erhöhung Stellenplan – Finanzen, Regionalpolizei sowie Liegenschaften und Anlagen (inkl. Hauswarte und Reinigungspersonal)

Stäger Dieter, FGPK: Der Bericht und Antrag 14106 beinhaltet Erhöhungen im Stellenplan für das Jahr 2021. Wie wir alle bereits im Finanzplan gesehen haben, sind auch für die nächsten Jahre weitere Stellen-erhöhungen vorgesehen. Die FGPK hat sich in der Diskussion unter anderem mit der Frage beschäftigt, ob solche Erhöhungen überhaupt in das aktuelle Umfeld passen. Wenn man fast jeden Tag von irgendwelchen Entlassungen lesen kann, ist das meiner Ansicht nach eine legitime Frage. Wir haben jedoch nicht wirklich eine endgültige Meinung dazu gebildet.

Alle Anträge werden mit hohen Überstundensaldi und zum Teil mit Ferienauszahlungen, welche nötig wurden, begründet. Ich erlaube mir den Hinweis, dass das Management der Überzeiten und Ferienauszahlungen zu einem wesentlichen Teil eine Führungsaufgabe darstellt. Hier appelliere ich an die Geschäftsleitung, dass man hier in Zukunft den Betrieb effizienter gestaltet, Leerläufe verhindert und vielleicht auch einmal das wirklich wichtige vom wünschbaren unterscheidet. Dann könnte man vielleicht das ein oder andere Stellenerhöhungsbegehren etwas hinauszögern.

Grundsätzlich versuche ich mich kurz zu halten, es macht es aber nicht einfacher, wenn in einem einzigen Bericht und Antrag fünf verschiedene Begehren verpackt sind. Da würde ich mir persönlich wünschen, dass man in Zukunft die Begehren mindestens nach Bereich in einzelne Berichte und Anträge aufteilt.

Ich komme zum Begehren der Abteilung Finanzen. Hier geht es um eine Erhöhung von 20 Stellenprozent. Es wird unter anderem damit begründet, dass wir ein starkes Bevölkerungswachstum haben, rund 6.5% in den letzten fünf Jahren. Gerade in dem Bereich Steuerbezug, also das Eintreiben der Steuerzahlungen, hat das Bevölkerungswachstum einen direkten Einfluss auf die Menge der Arbeit. Es gibt eine Zunahme der Dossiers in verschiedensten Bereichen, welche die Finanzverwaltung verarbeiten muss. Das wichtigste hierbei ist sicherlich das sogenannte Debitoren-Management. Wir haben im Bereich Steuerbezug in den nächsten Jahren zwei Pensionierungen vor uns, bei welchen sehr viel Know-How vorhanden ist. Mit diesen zusätzlichen 20 Stellenprozenten soll unter anderem ein rechtzeitiger Wissenstransfer ermöglicht werden. Die FGPK ist einstimmig der Meinung, dass man diesem Antrag zustimmen kann.

Bei der Regionalpolizei geht es um eine Stellenerhöhung von 100 Stellenprozent. Bis zum Jahr 2030 sind es übrigens 400 Stellenprozent. Ungefähr die Hälfte davon wird den Vertragsgemeinden weiterverrechnet. Ein Auslöser ist auch bei diesem Begehren das Wachstum der Bevölkerung. Sie alle wissen, dass auch die gesellschaftlichen Verhältnisse mithelfen, dass die Arbeit der Polizei nicht einfacher wird. Dazu kommt das Polizeigesetz, welches verlangt, dass pro 700 Einwohner ein Polizist vorhanden sein muss. Davon muss ein Drittel von der Regionalpolizei gestellt werden. Auch bei der Regionalpolizei bestehen jede Menge Überstunden. Was mich persönlich etwas stutzig gemacht hat, ist, dass fast eine ganze Stelle für Krankheits- und Unfallabsenzen aufgewendet wurde. Das wäre vielleicht ein Punkt, der etwas genauer zu hinterfragen wäre. Das hat nämlich bedeutet, dass rund 65 Patrouillen nicht so ausgeführt werden konnten, wie es nötig gewesen wäre. Wir hätten es begrüsst, wenn die Regionalpolizei noch etwas Geduld gehabt hätte und auf die neuen Räumlichkeiten gewartet hätte. Vielleicht wird daraus auch ein gewisser Effizienzgewinn erfolgen. Wir anerkennen jedoch, dass hier nicht mehr länger gewartet werden kann und dass der Stellenbedarf ausgewiesen ist. Die FGPK stimmt diesem Antrag daher mehrheitlich zu.

Nun zum Bereich Liegenschaften und Anlagen. Die erste Erhöhung dient zur Entlastung der Abteilungsleitung durch eine administrative Stelle. Es wird zusammengefasst aus verschiedenen Bereichen. Insgesamt verlangt man momentan eine Erhöhung des Stellenpensums um 30%. Es geht darum, die administrativen Aufgaben, wie zum Beispiel Vertrags-Management und Vermietungen, aus der Abteilungsleitung zu entfernen. Die Liegenschaftsverwaltung hat in den letzten Jahren Verbesserungspotenzial aufgewiesen und man hat bemerkt, dass eine Ressourcenknappheit besteht. Deshalb ist die FGPK mehrheitlich der Meinung, dass man diesem Begehren zustimmen soll.

Bei der Hauswartung werden weitere 50 Stellenprozent verlangt. Unter anderem wird damit argumentiert, dass der Forstwerkhof dazu gekommen sei, das Waldhaus Chüestellihau, sowie auch die Abdankungshalle müssen betreut werden. Wir waren etwas erstaunt, da die drei Gebäude doch seit Jahrzehnten stehen. Es

geht offenbar auch darum, die Stellvertretung des Leiters Facility Management zu gewährleisten. Alles in allem hatte die FGPK nicht den Eindruck, dass dieses Begehren ausgewiesen ist. Wir wollen hier warten, bis tatsächlich weitere Räumlichkeiten hinzukommen, die betreut werden müssen. Die FGPK lehnt daher das Begehren mehrheitlich ab.

Das dritte Begehren aus diesem Bereich ist die Anpassung der Kapazitäten der Reinigungsmitarbeitenden. Dabei geht es um eine Erhöhung von 35 Stellenprozent. Begründet wird es durch mehr Aufwand für die Hygiene aufgrund Covid-19, durch mehr Littering, durch Vandalismus und, dass man sich auch mit dem bereits bestehenden Personal bereits an der Kapazitätsgrenze befindet und, dass man daher gewisse Aufgaben nicht so angehen kann, wie man gerne würde. Auch hier ist die FGPK der Meinung, dass man über dieses Thema wieder diskutieren kann, wenn neue Räumlichkeiten hinzukommen und sieht deshalb momentan den Bedarf als nicht gegeben. Deshalb ist die FGPK mehrheitlich der Meinung, dass man dieses Begehren ablehnen sollte.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK für die sehr umfangreiche Ausführung von diesem Bericht und Antrag. Der Gemeinderat versucht Ihnen im Rahmen des Finanzplans jeweils die Stellenetatentwicklung der kommenden zehn Jahr aufzuzeigen. Das mit dem Hintergrund, dass wir klar der Meinung sind, dass diese Stellenanträge nicht willkürlich irgendwann, sondern in einem gewissen Ablauf gestellt werden sollen und immer nach denselben Kriterien beurteilt werden soll, ob es eine Stelle benötigt, oder nicht. So auch bei diesem Antrag, der Ihnen heute unterbreitet wird. Es handelt sich nicht um eine Überraschung, wie das der Sprecher der FGPK bereits richtig festgestellt hat, sondern dieser wurde bereits im Rahmen des Finanz- und Aufgabenplans dargelegt und diskutiert. Es sind Stellenbegehren aus drei verschiedenen Bereichen. Die Hintergründe dazu sind teilweise ähnlich und teilweise unterschiedlich. Auf diese möchte ich nicht eingehen.

Rückweisungsantrag

Donat Ruedi, CVP: Vorab möchte ich noch einmal festhalten, dass unsere Fraktion die Stellenerhöhung nicht grundsätzlich in Frage stellt. Aber es kann doch nicht sein, dass der Gemeinderat offensichtlich gegen unsere eigene Gesetzgebung, sprich das Personalreglement, verstösst und wir im gleichen Atemzug weitere Stellen bewilligen. Das geht nicht!

Seit letztem Dienstag ist wieder einmal der Teufel los und wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind die Getriebenen. Getrieben von Journalisten, die ihren Job machen und einer FGPK die ihren Job nicht macht. Es fällt mir schwer, dies zu sagen, aber unser eigenes Kontrollorgan, die FGPK, nimmt ihre wichtigste, ureigene Aufgabe, zu kontrollieren, nicht wahr. Ich behaupte von mir, den politischen Ablauf zu kennen und ich weiss, wann ein Dokument als geheim zu beurteilen ist und wann nicht. Sicher ist, dass keine Dokumente mehr geheim sind, wenn sie von uns Einwohnerräten im Geschäftsbericht und der Rechnung verabschiedet und genehmigt wurden. Hier haben wir als Einwohnerrat diesbezüglich versagt und unsere Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Als Nichtmitglied der FGPK kommt es mir komisch vor, wenn ich hören muss, dass Verwaltung und Gemeinderat sich auf Datenschutz und Geheimhaltung berufen und somit die Unterlagen nicht herausrücken. Wenn wir die vergangenen Geschäftsberichte und Rechnungsabschlüsse unter die Lupe nehmen, stellen wir fest, dass ab 2012 und von 2015 bis 2019 jedes Jahr Feriengelder ausbezahlt wurden. Auffällig ist, dass in den Kommentaren der jeweiligen Konten dies immer erwähnt und zum Teil auch begründet wurde. Die letzten Jahre, ausser 2019, wurden die Kommentare aber immer spärlicher. Dies deutet auf eine Systematik hin, dass Feriengelder einfach ausbezahlt und Ferien nicht bezogen werden. Wir von der CVP Fraktion fordern den Gemeinderat auf, alle Ferienentschädigungen von allen Abteilungen aufzulisten und der FGPK zur Verfügung zu stellen. Es ist müssig zu sagen: „Wir wollen, dass unsere Reglemente eingehalten werden.“

Ich möchte betonen, es geht nicht um die Auszahlung der Überstunden, es geht „nur“ um Feriengelder, die nach unserem Personalreglement nicht hätten ausbezahlt werden dürfen. Und noch etwas, wir von der CVP bezichtigen niemanden der unrechtmässigen Bereicherung, es wurde ja in dieser Zeit auch etwas geleistet. Es liegt nun am Gemeinderat, das Vertrauen wieder herzustellen und das geht aus unserer Sicht nur, wenn Transparenz geschaffen wird.

Fazit

- Es sollen keine weiteren Stellen mehr bewilligt werden, bis aufgezeigt wird, wann und wieviel Feriengelder ausbezahlt wurden.
- Nach unseren Abklärungen kann der gleiche Bericht und Antrag wieder traktandiert werden, wenn Transparenz in dieser leidigen Angelegenheit geschaffen wurde.

- Es geht keine Zeit verloren! Das Geschäft kann, wenn der Gemeinderat will, bereits an der nächsten oder übernächsten Sitzung wieder traktandiert werden
- Wir fordern die FGPK mit Nachdruck auf, ihre Führungs- und Kontrollfunktion wahrzunehmen.
- Vom Gemeinderat erwarten wir, dass Feriengeldauszahlungen zukünftig nicht mehr beschlossen werden.
- Es geht auch darum, als Gesamteinwohnerrat ein Zeichen zu setzen und einen Nagel einzuschlagen. Wir sind Kontrollorgan und Volksvertreter, darum sagen wir: So geht das nicht!

Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, stimmen Sie dieser Rückweisung zu und lassen Sie in dieser leidigen Angelegenheit Transparenz schaffen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates diesem Rückweisungsantrag nicht statt zu geben. Hier werden zwei Themen verknüpft, die schlicht und einfach nichts miteinander zu tun haben. Der Gemeinderat kann zwar verstehen, dass nach dieser medialen Inszenierung dieses Problems, dass das Bedürfnis da ist, Transparenz zu schaffen. Ich habe am letzten Dienstag an der ausserordentlichen Sitzung der FGPK teilgenommen und habe die Sachlage erklärt, soweit wie man sie erklären kann und ich habe der FGPK zugesichert, dass die entsprechenden Zahlen dazu aufgearbeitet werden.

Heute diskutieren wir jedoch über Stellenpensen, die bereits im Finanzplan und im Stellenetat ausgewiesen sind. Es war bekannt, dass diese notwendig sein werden. Wenn Sie diesem Rückweisungsantrag zustimmen, dann geht es hier letztendlich darum eine Strafaktion zu starten um an Informationen zu kommen, die nur teilweise öffentlich sind. Die Verantwortung zur Umsetzung des Personalreglements liegt schlussendlich beim Gemeinderat und wir werden Ihnen gerne Auskunft geben, soweit das möglich ist. Wir werden aber bestimmt keine Auskunft geben, wenn es um persönliche Informationen von einzelnen Mitarbeitenden geht. Da haben wir eine Fürsorgepflicht als Gemeinderat den Mitarbeitenden gegenüber zu wahren. Aber selbstverständlich können wir summarisch zum Beispiel nach Abteilungen aufzeigen, wo Problemsituationen in Sachen Ferien- und Überstundenbezug bestehen und darum geht es schlussendlich.

Es ist ein Zeichen, welches vom Gemeinderat schon länger erkannt wurde, nicht nur in dieser Zusammensetzung, sondern bereits in früheren Jahren. Ich möchte an dieser Stelle an den Bericht der Finanzkommission aus dem Jahr 2012 erinnern, der unter der Leitung des damaligen Finanzkommissionsleiter Thomas Hoffmann erstellt wurde. In diesem wurde der Gemeinderat aufgefordert die aktuellen Überzeit- und Feriensaldi der Mitarbeitenden aktiv zu bewirtschaften. Ich kann Ihnen somit sagen, dass seit damals an der Thematik gearbeitet wurde man aktiv damit umgegangen ist. Einige Zahlen dazu. Im Jahr 2012 bestand ein durchschnittlicher Feriensaldo der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Wohlen von 16,5 Tage – diese Zahl sollte dem Antragsteller übrigens in bester Erinnerung sein. Im Jahr 2019 lag der Durchschnitt noch bei 9 Tagen. Das Gleiche beim Gleitzeitsaldi, dieser lag 2012 bei 77,5 Stunden und im Jahr 2019 bei 19,4 Stunden. Diese Themen wurden also sehr wohl behandelt und die Probleme wurden angegangen. Konkret geht es ja eigentlich aber nicht um diese Frage, sondern es geht insbesondere um die Abteilung Kanzlei und um den Gemeindeschreiber, Christoph Weibel, man kann an dieser Stelle benennen um was es geht. Was die Motivation dahinter ist, überlasse ich Ihrem eigenen Urteil.

Gerne kann ich Ihnen einige Projekte aufzuzählen, welche in dieser Zeitspanne gestemmt werden mussten:

- Reorganisation und von der Reformation des gesamten Bestattungswesens
- Reorganisation vom Kindes- und Erwachsenenschutzrecht mit der neuen Gesetzgebung
- Umsetzung des Projekts Standortmarketing
- Einführung eines Dokumente-Management-System (DMS) inklusive Protokollierungssystem
- Gesamtrevision der Gemeindeordnung
- Einführung und Aufbau neuer Führungsstrukturen und Einführung der Geschäftsleitung

All die genannten Arbeiten wurden in den vergangenen Jahren – in einer schwierigen Zeit mit Aufsichtsanzeigen – durch die Kanzlei bewältigt. Selbstverständlich gibt es Problemstellen, deshalb werden diese auch hoch transparent in jedem Geschäftsbericht der Gemeinde Wohlen ausgewiesen und es wird aufgezeigt, wie gross diese Rückstände sind und wie gross die Ferien- und Überzeitsaldi sind, welche als Eventualverpflichtung in der Rechnung jeweils aufgeführt werden.

Der Gemeinderat versucht Ihnen langfristig aufzuzeigen, wohin sich alles entwickelt, mit der Zusammenstellung in der Stellenetatentwicklung. Das ist ein Instrument, welches vor kurzem eingeführt wurde. Vielleicht erschreckt es sie ein wenig, aber erst seit dem Jahr 2018 gibt es eine Meldesystematik bei grossen Differenzen der Sollarbeitszeit in beide Richtungen. Ich bitte Sie darum jetzt auch, diesem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird dieses Geschäft nicht an den Gemeinderat zurückweisen. Auszahlungen von Ferien, statt deren Bezug, ist nach allen Gesetzen und Reglementen nicht erlaubt. In der Gemeinde Wohlen jedoch seit Jahrzehnten Praxis. Einige Personen sehen dahinter, dass viel zu wenig Personal in der Gemeinde arbeitet und andere lesen daraus, dass ein Führungs- und Organisationsproblem vorliegt. Diese Pendenz der politischen Aufarbeitung von Ferienauszahlungen jetzt mit diesem Antrag auf Stellenerhöhungen zu verknüpfen, entbehrt jeglichem Zusammenhang. Die FDP/Dorfteil Anglikon steht für diese Symbolpolitik nicht zur Verfügung.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Wir bitten Sie, diesen Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Stellenerhöhungsforderung und die Ferien- und Lohnauszahlungsproblematik zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Mit Verzögerungen und Verschiebungen von wichtigen Abläufen und Geschäften hilft man niemandem. Selbstverständlich sind wir von den Grünen auch für die Einhaltung der Reglemente.

Vukajlovic Milenko, SP: Die Rückweisung der Erhöhung vom Stellenetat hat mit der Auszahlung von Ferienguthaben nichts zu tun. Es handelt sich hierbei um zwei diverse Themen, welche nicht miteinander verknüpft werden dürfen. In der Verwaltung wird täglich grosser Aufwand betrieben, um diverse Projekte zu realisieren oder damit Anliegen aus der Bevölkerung bearbeitet werden. Die Auszahlungen weisen auf personellen Ressourcenmangel in der Verwaltung hin, welchen wir sicher nicht mit einer Rückweisung der Erhöhung vom Stellenetat entgegenwirken können. Als ich den Rückweisungsantrag las, kam mir ein Plakat der letzten Abstimmungen in den Sinn. Und zwar der Hund, der sich in den eigenen Schwanz beisst. Dies würde hier zutreffen, wenn wir dem Rückweisungsantrag zustimmen. Darum bitte ich Sie den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Christen Peter, SVP: Für einmal kann ich mich meinen Vorredner ausnahmslos anschliessen. Wir werden diesen Rückweisungsantrag auch nicht unterstützen. Wir waren zuerst anderer Meinung aber wir haben das nochmals diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass das der Situation nicht weiterhilft. Wir wollen nach vorne schauen, wir wollen keine Vergangenheitsbewältigung machen. Wir haben absolut kein Interesse daran uns weder von der Presse, noch von ehemaligen Gemeindeammännern instrumentalisieren zu lassen. Die Schlagrichtung ist offensichtlich, ich muss da niemandem erklären, worum es geht.

Dann noch schnell zu den paar Punkten, die von der FGPK angesprochen wurden. Ich stelle einfach fest, dass die FGPK keine Parlamentarische Untersuchungskommission darstellt. Wir hatten ein Gespräch mit dem Gemeinderat und wir wurden offen und ehrlich orientiert und es wurde einigermassen aufgezeigt, wie man diese Situation bereinigen will. Wir gehen davon aus, dass das auch passiert.

Nochmal ein Punkt, der mir gerade einfällt, die FGPK ist nicht das Organ, welche das OR Richtung Gemeinderat durchsetzen muss. Wir haben unsere Kontrollfunktion sehr wohl über Jahre hinweg wahrgenommen. Diese Berichte wurden alle abgesehen, auch hier im Einwohnerrat und für mich ist somit die ganze Sache erledigt. Wir schauen nach vorne, wir wollen die ganze Situation bereinigen und eine gute Zukunft haben.

Lütolf Harry, CVP: Ich stelle immer wieder fest, dass es vielen Menschen schwer fällt zu abstrahieren. Es geht hier nicht um den Zwist zwischen einem ehemaligen Gemeindeammann, Journalisten und einem Gemeindeschreiber. Es geht um eine, zu Recht, getroffene Feststellung und zwar, dass in der Gemeindeverwaltung unser verabschiedetes Personalreglement nachweislich nicht eingehalten wird. Wir werfen dem Personal der Gemeindeverwaltung nicht vor, dass sie sich in irgendeiner Art bereichern, wir werfen aber dem Gemeinderat vor, dass er unser Personalreglement, welches wir hier im Einwohnerrat beschlossen haben nicht richtig umsetzt und das dürfen wir monieren. Es ist unser Reglement, welches wir in diesem Saal verabschiedet haben. Wenn wir es nicht tun, wer macht es denn sonst. Das wäre etwa das gleiche, wie wenn man sagen würde, wir haben festgestellt, dass im Gemeindehaus sexuelle Belästigungen stattfinden und niemand geht dem nach. Im Geschäftsbericht wurde es vielleicht mit einer Floskel erwähnt, wir haben den Geschäftsbericht verabschiedet und damit ist die Sache erledigt, wir gehen dem nicht nach. Das ist hanebüchen. Wenn Ferien nicht bezogen werden, die genommen werden müssen, dann dürfen wir als Einwohnerrat doch verlangen, dass das was im Personalreglement steht, auch umgesetzt wird.

Wir müssen leider feststellen, dass der Gemeindeammann heute wieder eine Nebelgranate in den Raum geworfen hat. Er hat bei der Aargauer Zeitung ein Interview gehalten und bewusst oder unbewusst das Reglement falsch interpretiert. Ich gehe davon aus, dass das stimmt, was darin geschrieben worden ist. Er spricht vom § 35 im Personalreglement, in dem geschrieben steht:

„Ferien dürfen auch bis zum 31. März bewilligt und auch ausnahmsweise in anderer Weise bezogen werden.“

Damit ist aber nicht gemeint, dass diese ausbezahlt werden dürfen. Der § 35 des Personalreglements, ist nicht so zu verstehen, sondern dass nach dem 31. März noch Ferien bezogen werden dürfen, aber nicht, dass eine Auszahlung erfolgen darf. Nur in einer Situation ist das denkbar und zwar wenn eine Person der Verwaltung in einem Kündigungsverhältnis steht und die Ferien faktisch nicht mehr bezogen werden können. Dann sagt der Gemeindeammann auch, dass alles rechtens ist, da es im Geschäftsbericht ausgewiesen wurde. Der Einwohnerrat hat es ja zur Kenntnis genommen. Auf diese Problemstellung bin ich vorhin, mit dem Beispiel der sexuellen Belästigung im Gemeindehaus, schon eingegangen. Nur weil es im Geschäftsbericht erwähnt wurde, bedeutet es nicht, dass etwas Unrechtes plötzlich richtig wird. Und dann sagt der Gemeindeammann auch noch es ist alles sauber, wir können alles gut begründen. Wir wissen, dass es nicht gut begründet ist – mindestens in einem Fall. Ich schätze beispielsweise den Gemeindevorstand sehr und werfe ihm nichts vor. Ich finde er ist ein netter Mann. Aber auch er, wie alle anderen auch, muss Ferien beziehen. Punkt. Das muss der Gemeinderat verlangen und umsetzen. Ganz einfach. Wir spüren, dass das nicht gemacht wird.

Jetzt hat vorhin der Fraktionschef der SVP gesagt, er wolle nicht in die Vergangenheit schauen. Hier handelt es sich aber um die Zukunft, Peter Christen. Wir haben den Verdacht, dass das auch in Zukunft nicht gemacht wird. Die Mitglieder der FGPK haben ja gesagt, es sei alles in Ordnung und alles bestens. Wir haben nicht das Vertrauen, dass unser Reglement in Zukunft richtig umgesetzt wird. Dass Ferien nach wie vor ausbezahlt werden, auch wenn es nicht sauber und sachlich begründet wird. Es passiert einfach so aus good-will, weil man es nicht anders möchte oder weil man niemandem auf die Füsse treten will. Das ist der Punkt. Das ist der Punkt und deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Wenn wir es nicht machen, dann verlieren wir unsere Würde als Einwohnerrat. Wir verlieren als Einwohnerrat die Würde, weil wir nicht verlangen, was verlangt werden muss. Wir haben alle ein Gelöbnis abgelegt, dass wir Recht und Ordnung wahren und heute ist der Tag dazu.

Sax Simon, GLP/EVP: Ich will festhalten, dass wir als Fraktion EVP/GLP diesem Rückweisungsantrag nicht zustimmen werden. Auch wenn ein Votum auf Hochdeutsch gehalten wird, wird es deswegen inhaltlich nicht besser. Insbesondere auch dann, wenn der Sprecher selbst ein Mitglied dieses Gremiums war, welches über Jahre an diesen Entscheiden beteiligt war. Ich habe mich sogar kurz gefragt, wer diesen Text geschrieben hat. Wir möchten mit anderen Worten dieses Schaumschlagen nicht unterstützen, in keiner Weise. Wir sehen auch keinen Zusammenhang zum vorliegenden Bericht und Antrag. Ich bitte, dass wir uns jetzt um diesen Bericht und Antrag kümmern und dass wir über diese Stellenerhöhungen abstimmen können.

Abstimmung über Rückweisung

Der Antrag auf Rückweisung wird mit 6 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Fraktionsmeinungen

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: In der Privatwirtschaft wird zuerst umstrukturiert, optimiert und auf Effektivität und Effizienz getrimmt. Und dann wird geschaut, wie diese Stellen finanziert werden können. Oder in Übergangsphasen, werden diese befristet. Ein solches Vorgehen kennt die öffentliche Hand leider nicht. In der Gemeinde Wohlen wird auch schnell nach links und rechts geschaut, wie viel Personal andere Gemeinden haben. Lieber Gemeinderat, Aarau hat einen Normsteuerertrag von CHF 4'159, Baden CHF 4'608, Lenzburg CHF 3'215, Wettingen CHF 3'059 und Wohlen CHF 2'223 (Vergleichszahlen 2018, Kanton AG). Diese Gemeinden können sich halt einfach viel mehr leisten. Wir in Wohlen halt einfach nicht. Erhöht diesen Normsteuerertrag und wir haben die finanziellen Ressourcen, den Wunschbedarf zu finanzieren. Der Schrei nach höheren Steuern, damit die Schulden nicht so stark ansteigen erfolgt von gewissen Parteien spätestens wieder im Frühling, bei der Kenntnisnahme des Finanzplanes. Aber mit der Stellener-

höhung wird das zusätzlich eingenommene Geld mit beiden Händen wieder ausgegeben. Die Steuern wurden somit nicht für den Schuldenabbau erhöht, sondern für zusätzliche jährliche und nach der Auffassung des Gemeinderates, gebundene Ausgaben.

Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon anerkennt den Bedarf in der Abteilung Finanzen, Steuerbezug und ist gespannt auf die Entwicklung der Steuerausstandskennzahl. Ebenfalls anerkennt sie den Bedarf in der Liegenschaftsbewirtschaftung und hofft, dadurch eine positive Entwicklung in der Bewirtschaftung der Liegenschaften im Finanzvermögen. Das wird man in der Jahresrechnung sehen. Die Stellenerhöhung bei der Polizei lehnt die Fraktion vorerst ab. Sie erhofft sich durch den Zusammenzug an einem Standort mit den notwendigen Verhör- und Lagerräumlichkeiten eine Optimierung der betrieblichen Abläufe und somit eine Effizienzsteigerung, welche sich auf die Personalkapazitäten auswirken. Die Stellenanpassungen in der Hauswartung und beim Reinigungspersonal lehnt die Fraktion ebenfalls ab. Mit der Fertigstellung der in Bau oder in Planung befindlichen Objekte, kann die Situation Hauswartung und Reinigung wieder neu beurteilt werden.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Wir von der GLP/EVP werden allen Anträgen auf Stellenerhöhung einstimmig zustimmen.

Im Bereich Finanzen und Ressourcen war diese 20-prozentige Stellenerhöhung auch in der FGPK grösstenteils unumstritten. Auch wir teilen diese Meinung der FGPK, dass sich diese Stelle zumindest teilweise und vielleicht auch vollständig selber finanzieren wird.

Zu der 100-prozentigen Stellenerhöhung bei der Polizei ist in der korrigierten Tabelle, die wir inzwischen erhalten haben, der Bedarf für mehr Stellenprozent eindeutig ausgewiesen. Wenn das Bevölkerungswachstum wie prognostiziert verlaufen wird, wird dieser Bedarf auch noch weiter ansteigen.

Auch der Abteilung Planung, Bau und Umwelt anerkennen wir den Bedarf nach mehr Stellenprozent. Wohlen wächst, es gibt immer mehr Bauvorhaben und es gibt immer mehr zu tun in diesem Bereich.

Wir sind mit dem Entscheid der FGPK in dem Bereich Hauswarte und Reinigungspersonal die Stellenerhöhungen abzulehnen nicht einverstanden. Es gibt bei den Hauswarten bereits jetzt Defizite. Es gibt Liegenschaften bei denen gewisse Arbeiten nicht richtig oder nur schwer erledigt werden können, da sich die Personen nicht aufteilen können und zwischen verschiedenen Gebäuden hin- und herpendeln müssen. Beim Reinigungspersonal hat man bereits Berichte vom Verwaltungspersonal gehört, dass gewisse Reinigungsarbeiten selbst übernommen wurden. Wir sind der Meinung, dass es wahrscheinlicher wäre, wenn man jemanden anstellt, der diese Reinigungsarbeiten übernimmt, als jemanden vom Verwaltungspersonal, der wahrscheinlich einen höheren Lohn erhält und der dann während der Arbeitszeit diese Reinigungsarbeiten erledigt.

Noch kurz ein Stichwort zum Votum von Thomas Hoffmann. Nur weil wir weniger Geld als eine vergleichbar grosse Gemeinde haben, haben wir deshalb leider nicht weniger Arbeit.

Meier Valentin, SP: Die Erhöhung des Stellenplans, welche auch im Finanzplan ersichtlich ist, nimmt die SP grossmehrheitlich an. Ich will nicht mehr einzeln auf alle Stellen eingehen, das hat Dieter Stäger bereits hervorragend gemacht. Für uns ist der Bedarf bei allen Stellen ausgewiesen. Ich schliesse mich hier auch dem letzten Satz von Julia an. Die Arbeit ist jetzt da, deshalb ist es auch wichtig, dass sie jetzt angegangen wird.

Isler-Rüttimann Sonja, CVP: Wir akzeptieren den Entscheid des Rates gegen die Rückweisung und gehen nun auf den Inhalt des Geschäftes ein. Wohlen wächst, da braucht es keine Raketenwissenschaft um zu erkennen, dass damit auch der Aufwand der Gemeindeverwaltung steigt. Diese Tatsache ist in unserer Fraktion unbestritten. Es besteht Handlungsbedarf, das sieht man auch daran, wie ausführlich dieser Bericht und Antrag vom Gemeinderat vorbereitet wurde, wir danken dem Gemeinderat dafür.

Es ist wohl im Sinne von uns allen, dass der Bereich Finanzen seine Aufgaben so gut und so speditiv wie möglich erfüllen kann. Ausstehende Beträge sollen in Anbetracht der anstehenden Ausgaben effizient eingezogen werden können. Diese Stellenerhöhung gab in unserer Fraktion zu keinen Diskussionen Anlass. Auch der Punkt 2 „Regionalpolizei“ findet in unserer Fraktion Einstimmigkeit. Sicherheit soll und muss gewährleistet werden – da kann es nicht sein, dass aufgrund von Personalmangel Patrouillen nicht durchgeführt werden können. Bekanntlich hat die CVP schon am eigenen Leib erfahren, wie es sich anfühlt, wenn es eben an Sicherheit mangelt.

Bei der Abteilung Liegenschaften und Anlagen ist der Stellenbedarf ausgewiesen. Bei einer solchen Supportfunktion ist es immer schwierig, harte Zahlen und Fakten zu liefern. Die Begründungen und Ausführungen leuchten uns ein und wir vertrauen grundsätzlich den Einschätzungen des Gemeinderates.

Eine Stellvertretung des Leiters Facility Management und Immobilienbewirtschaftung (Hauswarte) macht bei dieser Bereichsgrösse sicherlich Sinn, die Ausführungen dazu im Bericht und Antrag leuchten ein. Es ist ja auch wünschenswert, dass die Liegenschaften der Gemeinde in Ordnung sind.

Das Reinigungspersonal wird gerade in Zeiten von Corona vor grosse Herausforderungen gestellt. Sauberkeit und Hygiene werden heute von uns allen als selbstverständlich vorausgesetzt. Eine Toilette zum Beispiel gilt als Visitenkarte eines Hauses. Seien wir ehrlich, wir sehen aus dem Bericht und Antrag, dass dadurch die Lohnkosten nicht explodieren werden. Schmutzige Räumlichkeiten hingegen aber werfen aber ganz bestimmt kein gutes Licht auf unsere Gemeinde.

Eine Mehrheit der CVP-Fraktion wird allen drei Anträgen in diesem Punkt zustimmen.

Läufer Marc, SVP: Wohlen wächst, das haben wir bereits gehört und damit auch die Aufgaben und das Sicherheitsbedürfnis. Wir werden mehrheitlich allen Punkten zustimmen, ausser bei Punkt 3b und 3c, was Hauswartung und Reinigungspersonal betrifft. Da haben wir das Gefühl, man könnte zuerst noch einiges optimieren und hoffentlich ist der Mehraufwand aufgrund Corona bald einmal vorbei.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung werden ständig umfangreicher und komplexer. Gleichzeitig wächst die Gemeinde Wohlen, die Verwaltung ist auf die infrastrukturellen und personellen Ressourcen angewiesen. Nur mit den erforderlichen Mitteln ist es möglich, dass die Gemeindeverwaltung ihre Aufgaben ordentlich erfüllen kann. Die Erhöhung des Stellenbedarfs ist absolut ausgewiesen. Die Fraktion der Grünen wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Vogt Roland, Vizeammann: Bevor wir fortfahren möchte ich, als Ressortverantwortlicher Sicherheit, die Gelegenheit nutzen, mich zur Thematik bezüglich der Stelle für die Regionalpolizei auch noch zu äussern. Wir haben es von allen Fraktionen gehört, das generelle Bevölkerungswachstum ist auch in Wohlen spürbar. Damit fallen zusätzliche Aufgaben für die Bevölkerung in unserem Dorf und im gesamten Gebiet der Regionalpolizei an.

Ich möchte zwei Auszüge der Regionalpolizei vorlesen. Der eine betrifft ein E-Mail vom November, worin steht:

„Am letzten Wochenende leistete die Regionalpolizei Wohlen ihren tausendsten Einsatz im Gebiet der Gemeinde Wohlen im Jahr 2020.“

Das gab es noch nie in der Geschichte der Regionalpolizei Wohlen.

Der zweite Eintrag ist von diesem Monat: *„Mit dem Journal von gestern, 3. Dezember 2020, leistete die Regionalpolizei ihren zweitausendsten Einsatz im Kalenderjahr 2020.“*

Die bisherige Bestmarke von knapp 1'645 Einsätzen im Jahr 2007 wurde bereits im September erreicht. Was ich damit sagen will ist, dass die Aufgaben für unsere Regionalpolizisten mit dem Bevölkerungswachstum zunehmen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dieser Stelle, die wir für das nächste Jahr beantragen, zustimmen. Wie Sie bereits wissen, werden weitere Stellen in Zukunft beantragt werden. Bis ins Jahr 2030 sollen vier weitere Stellen beantragt werden. Wir werden auch diese brauchen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung für die erste Stelle für das nächste Jahr.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich möchte das Wort, als Ressortverantwortlicher Liegenschaft und Anlagen, ebenfalls noch ergreifen. Bei den Stellenbegehren für die Hauswarte und das Reinigungspersonal handelt es sich wahrscheinlich um die umstrittensten Stellenerhöhungen, welche heute im Einwohnerrat beantragt werden. Es freut mich, dass die Stelle für die Liegenschaftsverwaltung am wenigsten umstritten ist. Derzeit sind 30 Stellenprozente nicht besetzt, es ist deshalb sehr wichtig, dass diese um weitere 30% zu einer 60%-Stelle ergänzt werden können, um sie auch sinnvoll besetzen zu können. Leider ist diese Stelle bei unserer Liegenschaftsverwaltung durch die Nichtbesetzung verwaist. Durch diese Stelle können Kleingeschäfte sowie Grundbuch- und Notariatsgeschäfte erledigt werden. Zudem kann diese bei der jährlichen Budget- und Unterhaltsplanung, bei der Abwicklung von Versicherungsfällen, Nebenkostenabrech-

nungen und der Verwaltung von Mietverhältnissen mitwirken, so dass diese Geschäftsfälle wieder vollumfänglich abgedeckt werden können. Es handelt sich also um ein ganz grosses Anliegen des Gemeinderates und eine wichtige Antragsstellung an den Einwohnerrat.

Dann möchte ich aber auch eine Lanze für die Hauswarte und das Reinigungspersonal brechen. Sie leisten tagtäglich im Hintergrund jede Menge Arbeit. Das Problem ist, dass diese Arbeit immer mehr zunimmt. Es ist so, dass Littering und Vandalismus auch nicht vor Wohlens Halt macht. Das ist etwas, was wir alle kennen und es nimmt ständig zu. Wer räumt den Abfall zusammen? Das sind nicht wir, das sind nicht die Bürgerinnen und Bürger. Auf den Schulanlagen, welche besonders von diesen gesellschaftlichen, modernen Phänomenen betroffen sind, sind es die Hauswarte und das Reinigungspersonal, die diese Arbeit tagtäglich vollbringen. Das soll in einer Qualität gemacht werden können, welche letztlich uns alle befriedigt. Leider erhalten wir hier immer mehr Reklamationen, welche diese Arbeit bemängeln. Bei der Thematik Hauswartungen ist jedoch noch etwas anderes zu beachten. Wir sollten ganz dringend die Stellvertretung vom Teamleiter Facility Management gewährleisten können. Das ist heute nicht der Fall. Wenn er ausfällt, dann haben wir niemanden, der diese Stellevertretung wahrnehmen kann. Zudem steht uns auch niemand mehr zur Verfügung, welcher das Liegenschaftsbewirtschaftungs-Tool bedienen kann. Es ist aber wichtig, dass wir alles rund um die Liegenschaften erfassen können und zeitnah Antworten erteilen können sowie Rechnungen stellen und was alles dazu gehört. Zu erwähnen gilt es auch, dass weitere Flächen dazugekommen sind. Wir müssen nicht abwarten bis die Hofmatten und alle Projekte, die sich noch in der Pipeline befinden, dazu kommen. Es geht um die zusätzlichen Flächen bei den Raumprovisorien Oberdorfweg, welche noch nie Erwähnung gefunden haben. Das sind die neuen zusätzlichen Flächen, welche der Bezirksschule ab dem neuen Schuljahr zur Verfügung gestellt werden mussten, weil zu wenig Platz vorhanden war. Vorliegend handelt es sich um ein ganzes Stockwerk am Oberdorfweg 9. Wir müssen uns fragen, wer das abdecken soll. Wir brauchen zusätzliches Personal dafür, welche dies entsprechend prozentual abdecken können.

Weiter geht es um die Reinigung der Abdankungshalle, welche bis jetzt von externen Arbeitskräften (Friedhofgärtner) erledigt wurde. Neu ist geplant, dass diese Arbeit durch Angestellte Reinigungsfachkräfte der Gemeinde ausgeführt wird. Dies kommt uns wesentlich günstiger und wir können mit diesem Vorgehen die Ausgaben verringern.

Hinzu kommen noch die Liegenschaften bzw. Flächen der Ortsbürgergemeinde. Das Restaurant Sternen, der ehemalige Forstwerkhof und das Waldhaus Chüestellihau. Bei letzterer Liegenschaft möchte die Person, welche seit vielen Jahren die Betreuung übernommen hat, endlich in den – schon seit längerer Zeit geplanten – Ruhestand treten. Es benötigt somit bald einmal eine neue Person. Diese Arbeiten kann man zudem unmöglich einfach einem anderen, bereits ausgelasteten, Hauswart übertragen. Zu erwähnen ist auch der Mehrzweckraum Bleichi, für welcher bislang kein Hauswart eingesetzt wurde und somit in diesen Belangen nicht abgedeckt ist. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass das Facility Management nichts Abstraktes ist. Verstehen Sie nicht etwas Exotisches darunter. Das ist täglicher Einsatz im technischen und betrieblichen Unterhalt zu Gunsten von unseren öffentlich zugänglichen Liegenschaften, die im Eigentum der Einwohnergemeinde oder der Ortsbürgergemeinde sind. Es sind Arbeiten, die schliesslich für den Wertehalt der Liegenschaften getätigt werden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde im Bereich Finanzen und Ressourcen um 20 Stellenprozente in der Abteilung Finanzen*

einstimmig angenommen.

2. *Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde im Bereich Sicherheit um 100 Stellenprozente in der Abteilung Regionalpolizei*

wird mit 31 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen angenommen.

3. Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde im Bereich Planung, Bau und Umwelt

- A. um 30 Stellenprocente in der Abteilung Liegenschaften und Anlagen.

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

- B. um 50 Stellenprocente in der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Hauswarte).

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

- C. um 35 Stellenprocente in der Abteilung Liegenschaften und Anlagen (Reinigungspersonal).

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

**Antwort zur Anfrage 14067 betreffend Stellenetat der Gemeinde Wohlen
AG**

Meyer Meinrad, Präsident: Möchte Laura Pascolin, als Einreicherin der Anfrage, die Diskussion verlangen.

Pascolin Laura, SP: Ich möchte keine Diskussion.

Bericht und Antrag 14107 Gesamtrevision Abfall-Reglement vom 1. Oktober 2001 inkl. verursachergerechte Finanzierung

Sax Simon, Vizepräsident FGPK: Unser Abfall-Reglement ist inzwischen fast 20 Jahre alt, es stammt vom 1. Oktober 2001. Das war übrigens rund sechs Jahre bevor das erste iPhone das Licht der Welt erblickte. Unser bestehendes Abfallreglement ist aus folgenden Gründen schon lange nicht mehr zeitgemäss:

1. Die Abfallbewirtschaftung ist längst nicht kostendeckend, im Jahre 2019 beispielsweise gelang ein Kostendeckungsgrad von gerade einmal 56%. Der Rest von rund CHF 672'000 musste via Steuergelder finanziert werden.
2. Die Abfallbewirtschaftung ist nicht verursachergerecht, da ein wesentlicher Anteil mit Steuergeldern finanziert wird.
3. Diverse übergeordnete gesetzliche Änderungen und technische Fortschritte sind in den letzten 20 Jahren dazu gekommen, ohne dass dies im Reglement abgebildet ist.

Die Notwendigkeit für die Überarbeitung des Abfall-Reglements ist in der FGPK unbestritten. Das uns vorgelegte Reglement genügt den schon lange bestehenden Anforderungen zur Kostendeckung und für die Umsetzung des Verursacherprinzips. Mit der gewählten Variante 1 werden die bisherigen Sackgebühren nicht verändert. Es kommt eine jährliche Grundgebühr mit CHF 117 pro Einfamilienhaus resp. CHF 74 pro Haushaltung im Mehrfamilienhaus und für Betriebe dazu. Das Inkasso, das wie die Abwassergebühren über die Energierechnung der IB Wohlen AG abgewickelt werden soll, scheint uns einfach und effizient. Im Finanzplan 2021-2030 sind die zusätzlichen Gebühreneinnahmen bereits eingerechnet.

Die Diskussion und die Entscheidungsfindung fanden in der FGPK, wie in diesem Geschäft zu erwarten war, eher als Grundsatzdiskussion statt. Eine Minderheit kann neuen Gebühren grundsätzlich nicht zustimmen, die Vorlage wird aber auch von jenen nicht als schlecht empfunden. Eine Mehrheit findet den vorliegenden Bericht und Antrag einen gangbaren und pragmatischen Weg und stimmt ihm zu.

Die FGPK stimmt dem neuen Abfall-Reglement somit knapp mit 5 zu 4 Stimmen zu. Für die Abschreibung der Motion 13087 ist die Zustimmung einstimmig.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Herzlichen Dank an Simon Sax für die Ausführung seitens FGPK. Als wir diese Vorlage erarbeitet haben, haben wir selbstverständlich zurück in die politische Geschichte dieses Themas geschaut. Die politische Geschichte ist bereits lang, dass aber ein iPhone noch dazwischen gefunkt hat, ist für mich allerdings ebenfalls eine neue Erkenntnis, soll aber nicht leitend sein, für die Genehmigung oder Ablehnung dieser Vorlage. Schlussendlich geht es bei dieser Vorlage, so sehr es auch alle Gemüter erhitzt, zu einem ganz grossen Teil um eine Finanzvorlage. Es geht nämlich um die Frage, ob man die Abfallbewirtschaftung mit Steuergeldern oder über Gebühren finanziert. Das ist eine der Kernfragen. Es geht nicht nur um eine Grüngutvorlage, wie das hier und da gesagt wird, sondern es geht um die gesamte Abfallbewirtschaftung. Das heisst es geht um den Kehricht, der rund einen Drittel ausmacht, um das Grüngut, das einen Drittel ausmacht und um die sämtlichen restlichen Fraktionen, wie beispielsweise Aluminium, Weissblech oder Altpapier und Karton. Die Gemeinde Wohlen ist lediglich gedeckt was den Kehricht angeht, die anderen beiden, also Grüngut und die restlichen Fraktionen sind nicht gedeckt mit den Gebühren, die verlangt werden.

Die gesetzliche Vorgabe ist eigentlich klar, wir müssen eine kostendeckende Abfallbewirtschaftung haben und müssen auch eine verursachergerechte Finanzierung davon haben. Dem entspricht das Reglement, welches wir heute in der Gemeinde Wohlen haben, momentan nicht mehr. Schlussendlich ist es aber auch ein politischer Auftrag. Mit Überweisung der Motion, welche damals von Einwohnerrat Franz Wille eingereicht wurde. Ich sehe, er sitzt oben und verfolgt wahrscheinlich diese Debatte mit viel Spannung. Angestossen von Franz Wille hat der Einwohnerrat diese Motion überwiesen, die bereits einmal im Einwohnerrat diskutiert wurde und dann mit diesem Auftrag die Überarbeitung des Abfallreglements an den Gemeinderat zurückgegangen ist.

Sie entscheiden heute nicht nur über die Grundsatzfrage, ob es über den Steuer- oder den Gebührentopf zu finanzieren ist, sondern Sie entscheiden selbstverständlich auch, mit welchem Modell dies finanziert werden soll. Es gibt verschiedenste Modelle und ich glaube, da dieses Thema so eine lange Geschichte hat, haben wir sämtliche Modelle bereits einmal zur Abstimmung gebracht. Jedes Modell, sei es komplette Finanzierung über beispielsweise Grundgebühren, Finanzierung mit einem Anteil Grundgebühren und einem Anteil Gewichts- oder Volumenabhängigem Grüngut, jede Variante hat Vor- und Nachteile. Bei jeder Variante werden Sie in der Diskussion Befürworter sowie auch Gegnerinnen und Gegner finden. Darum glauben wir, es ist nicht die zentrale Frage wie dieses Modell aussieht, sondern die zentrale Frage muss sein, was politisch vertretbar ist.

Wir haben die verschiedenen Varianten dargelegt und eine Nutzwertanalyse dazu erstellt. Der Gemeinderat schlägt Ihnen heute die Variante 1 mit einer abgestuften Grundgebühr vor. Die abgestufte Grundgebühr reagiert damit einerseits auf die Tatsache, dass gerade bei den Restfraktionen, bei Altpapier, Metall, usw. unabhängig von der Haushaltsgrösse und ob es ein Einfamilienhaus oder eine Wohnung ist, dass da dieser Abfall anfällt, welcher finanziert werden soll. Gleichzeitig gibt es jedoch eine Abstufung indem man sagt, dass Leute die in einem Einfamilienhaus leben tendenziell mehr Grüngut verursachen, als jemand der in einer Wohnung wohnt. Es ist ein sehr einfaches System, die Verrechnung funktioniert sehr einfach. Es ist ebenfalls die Variante, die man in der politischen Debatte noch nie zur Abstimmung gebracht hat. Ich glaube, sämtliche andere Varianten, ausser jene mit einer generellen Erhöhung bzw. eine Verdopplung der Kehrrichtgebühren sind bereits einmal zur Abstimmung gelangt. Es stehen ja verschiedene Rückweisungsanträge im Raum, ich werde gerne dazu Stellung nehmen, sobald diese auch gestellt werden. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderats einerseits auf diese Vorlage einzutreten und notwendige Anpassungen an diesem Reglement nach Ihrem Gutdünken vorzunehmen und dann am Schluss dieser Vorlage zuzustimmen.

Rückweisungsantrag

Donat Ruedi, CVP: Zuerst einmal möchte ich es nicht unterlassen Simon Sax zu seinem Votum entgegenen. Ich wehre mich gegen seine perfide Unterstellung, die er mir gegenüber geäussert hat. Ich sage, dass ich jeden Bericht, jedes Votum, welches ich gehalten habe, jede Vorlage, die ich erarbeitet habe, sei es im Einwohnerrat, im Grossrat oder im Gemeinderat, immer selber erarbeitet habe. Und ich wurde als Einwohnerrat gewählt, um auch entsprechend etwas zu sagen und nicht einfach hinten zu sitzen und still zu sein. Es wäre eigentlich eine Entschuldigung angebracht.

Ich komme nun zum Rückweisungsantrag. Ich werde auch diesen auf Hochdeutsch halten, ob das Simon Sax passt oder nicht. Vorab, unsere Fraktion anerkennt die Wichtigkeit und Dringlichkeit zur Revision des Abfallreglements aus dem Jahre 2001. Nachdem aber verschiedene Varianten (vier Mal) am Volksmehr gescheitert sind, sind wir überzeugt, dass eine weitere Vorlage bezüglich dem Reglement und der Verursachergerechtigkeit 100% sicher sein muss. Kommt hinzu, dass die am 16. Januar 2016 von Einwohnerrat Franz Wille CVP eingereichte und immer noch hängige Motion in keiner Art berücksichtigt wurde.

Hier unsere Begründung zur Rückweisung:

- Unsere Fraktion erachtet die vorgeschlagene Variante 1 als nicht zielführend und wird als zu wenig verursachergerecht beurteilt. Wir bevorzugen die Variante 3, wie sie auch von der Umwelt und Energie Kommission vorgeschlagen wurde.
- Im Bericht und Antrag 13161 vom September 2017 wurde ausführlich das Für und Wider der Privatisierung abgehandelt. Hier schreibt der Gemeinderat unter anderem. Ich zitiere: *„Die Privatisierung der Grüngutentsorgung ist unter Einhaltung des Abfallrechtes und des öffentlichen Beschaffungsrechtes grundsätzlich denkbar.“*
- Im neuen Bericht und Antrag, der heute zur Diskussion steht, wird die Privatisierung als unmöglich umsetzbar abgehandelt. Was nachweislich nicht stimmt. Es gibt verschiedene Gemeinden im Kanton, so auch im Freiamt, die übrigens von unserem Kehrrechtabfuhr Unternehmen betreut werden, die die Variante Privatisierung Grüngut erfolgreich eingeführt haben.
- Es ist eine grobe Missachtung, wenn die Privatisierung nicht einmal als Variante geprüft wird und nicht in den vorliegenden Bericht und Antrag einfliesst.
- Jetzt wiederhole ich das, was ich bereits im Mail an euch alle vom letzten Freitag geschrieben habe. Zum vorliegenden Entwurf des neuen Abfall-Reglements unterbreitete Ihnen ein Mitglied unserer Fraktion (Harry Lütolf) der FGPK vor über zwei Wochen Anregungen und ein Dutzend Änderungen zum Entwurf. In der Folge fand ein Austausch zwischen dem besagten Mitglied unserer Fraktion und dem

zuständigen Gemeindemitarbeiter der Fachabteilung statt. Offenbar ist man zumindest in der Verwaltung mit einigen Änderungen einverstanden. Bis jetzt ist aber unklar, ob an der Einwohnerratssitzung zu allen Punkten Änderungsanträge gestellt werden müssen. Sollte dies der Fall sein, wäre das nicht besonders effizient. Weiter ist unsere Fraktion der Meinung, dass wir den Einwohnerrat nicht mit neuen und selbstgestrickten Formulierungen überraschen sollten, selbst wenn der Gemeinderat diesen beipflichten würde. So sollen/dürfen Reglemente, also Gesetze unserer Gemeinde, nicht verabschiedet werden.

- Zudem besteht bei etlichen Formulierungen im Entwurf keine Klarheit über die Konsequenzen. Oder die Formulierungen sind nicht überzeugend. Hier muss im Text nachgebessert werden. Auch das kann nicht in einer Hauruck-Übung gemacht werden.
- Ziel muss es sein, ein Reglement zu verabschieden, das wenn immer möglich keine Angriffsflächen bietet und vor dem Volk Zustimmung findet. Dies ist aber nur möglich, wenn das neue Reglement entsprechend verfasst ist.

Fazit

- Die Grüngutentsorgung in Wohlen ist und bleibt ein schwieriges Thema. Umso wichtiger scheint uns, dass alle Eventualitäten und Fallstricke vorgängig aus dem Weg geräumt werden.
- Verursachergerechtigkeit ist das Mass an dem die Vorlage gemessen wird.
- Der Motion von Franz Wille wurde in keiner Art Rechnung getragen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen ich bitte Sie, der Rückweisung zuzustimmen, damit wir eine gerechtere Lösung präsentiert bekommen.

Schmid Patrick, Grüne: Wir können diesem Rückweisungsantrag nicht zustimmen. Wir haben finanzpolitisch einen ganz wichtigen Entscheid, den wir jetzt fällen müssen. Wir können später mitbestimmen, welche Variante wir bevorzugen. Wir können das jetzt nicht nur verschieben und die Sache noch hinauszuzögern.

Pascolin Laura, SP: stellt den Ordnungsantrag die Sitzung für 10 Minuten, zwecks Besprechung, zu unterbrechen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit 30 Ja zu 5 Nein und 2 Enthaltungen angenommen.

Vukajlovic Milenko, SP: Die SP anerkennt, dass die Variante 1 durchaus ein gangbarer Weg in Wohlen ist. Aber die SP unterstützt die Variante 3 und wird aus diesem Grund auch den Rückweisungsantrag unterstützen. Mit dem Auftrag, dass der neue Bericht und Antrag auch mit der Variante 3 wieder im Einwohnerrat vorgelegt wird.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich bin heute etwas überrascht von der CVP. Ich weiss nicht was sie dazu veranlasst hat, diese Rückweisungsanträge zu stellen. Es ist ganz neu für mich, ich kann mich noch erinnern, dass wir während Jahren immer auf das Heftigste kritisiert wurden, weil wir uns erdreistet hatten, einen Rückweisungsantrag für das Budget zu stellen. Da wurde immer gesagt, jetzt sind alle bereit, alle wurden vorgeladen, es sei die heilige Aufgabe des Einwohnerrats dieses Geschäft jetzt zu behandeln und jetzt weisen wir einfach alles zurück. Aber gut, wir stellen uns dem. Wir stimmen einmal mehr gegen diesen Rückweisungsantrag. Die Unterlagen liegen auf dem Tisch und es sind keine Fehler vorhanden. Man kann immer anderer Ansicht sein und darum sollten wir jetzt wirklich darüber sprechen und die Gelegenheit nutzen uns auszutauschen. Jetzt einfach früher nach Hause zu gehen und in drei Monaten nochmals darüber zu sprechen ist ineffizient und unnötig. Bitte lehnen Sie diesen Rückweisungsantrag ab.

Büchi Roland, SVP: Eigentlich handelt es sich vorliegend um eine versteckte Steuererhöhung und diese gehört direkt vors Volk. Und man müsste eigentlich alle Hausbesitzer mit CHF 150.00 belohnen, die einen Garten haben. Wir unterstützen diese Rückweisung.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bin froh, darf ich auch noch zu der Rückweisung etwas sagen. Im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie natürlich dieser Rückweisung nicht zuzustimmen. Noch kurz zu

den Aussagen, welche seitens der CVP getroffen wurden. Wir können verstehen, dass man mit der Variantenwahl nicht einverstanden ist, so wie es eine CVP, eine SP oder auch eine SVP ausgeführt hat. Wenn Sie wirklich nicht dafür sind, dann müssen Sie tatsächlich dieser Rückweisung zustimmen, wenn das nicht die Variante ist, welche Sie als genügend verursachergerecht ansehen.

Was ich aber dennoch sagen möchte, ist die Ausführung bezüglich der nicht sauberen Erarbeitung. Man darf tatsächlich anderer Ansicht sein bezüglich einzelner Formulierungen im Reglement, aber genau hier verstehen wir, mindestens im Gemeinderat intern, die Einwohnerratsdebatte als Möglichkeit, dass man die Anträge stellt, entsprechend behandelt und anschliessend auch darüber entschliesst. Der Gemeinderat verabschiedet die Vorlage zum Reglement zuhanden des Einwohnerrats und wir danken immer für alle Anmerkungen, die wir erhalten. Wir behandeln diese natürlich auch, aber wir sehen uns nicht als befugt im Verlauf dieses Prozesses anzufangen Reglemente und Vorlagen entsprechend zu ändern, sondern wir bereiten uns einfach entsprechend auf die Gemeinderatssitzung vor.

Also in diesem Sinn bitte ich Sie einfach zu entscheiden, ob Sie eine Rückweisung wollen oder nicht. Wenn eine Rückweisung zu Stande kommt, wird der Gemeinderat selbstverständlich diesem politischen Willen des Einwohnerrates nachkommen und ein neues Reglement ausarbeiten.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich war gerade komplett konsterniert. Was hier jetzt abläuft kann doch nicht sein. Es kann doch nicht sein, dass man im Einwohnerrat sagt, ich bin wegen dieser Variante nicht dafür. Wir geben dem Gemeinderat keine Informationen, was denn die richtige Variante ist und was mehrheitsfähig sein könnte. Das wichtigste heute Abend wäre, jetzt über dieses Thema zu diskutieren, um dem Gemeinderat mitzuteilen, in welche Richtung wir gehen wollen.

Ich zum Beispiel persönlich würde die Variante 1 unterstützen, denn ich befasse mich seit 15 Jahren mit diesem Thema. Bereits bevor ich im Einwohnerrat war, war ich in der Kommission für Natur und Umweltschutz und wir haben diese Vorlage in der Kommission erarbeitet. Wir haben uns über die Problematik, wie man mit der Ursachengerechtigkeit umgehen soll, gestritten und sind genau daran gescheitert. Ein Blatt das hier am Boden liegt (1 Gramm), wem schreiben wir jetzt das zu, der Gemeinde, dem Privaten, dem Mehrfamilienhaus oder der Firma? Wir haben dann herausgefunden, dass wir nicht weiter kommen. Es wurde danach auch vom Volk abgelehnt.

Die Variante 1 ist bis jetzt die beste Variante, welche ich mit all meiner Erfahrung je gesehen habe. Ich habe diese durchgedacht und die Bedeutung und die Kosten für mich als Privatperson, welche ein Einfamilienhaus besitzt, berechnet. Auch habe ich mich in die Perspektive eines Geschäftsführers versetzt und analysiert, was mich dies als Firmeneigener kosten würde. Ebenso als Eigentümer eines Mehrfamilienhauses. Ich habe festgestellt, dass die Variante 1 für alle gerecht ist. Über das müssen wir sprechen und jetzt nicht einfach die Diskussion von Anfang an verhindern. Dem Gemeinderat muss eine Richtung vorgegeben werden. Wenn wir ihm keine Information geben, weiss er ja gar nicht, was er anders machen muss.

Sax Simon, GLP/EVP: Ich stelle fest, dass jetzt nach Meinungen gefragt wird. Unsere Partei wird diese Gelegenheit nutzen, denn sonst ist es nachher vorbei und das würde ich sehr bedauern. Wir von der GLP/EVP finden diese Variante 1 auch eine gute und auch annehmbare Alternative.

Es ist tatsächlich so, wie es der Gemeinderat ausgeführt hat. Wir haben bereits eine Menge Varianten besprochen. Wir wollten bereits kiloweise Grüngut wägen und dann kam das grosse Aber. Dann muss ich aber die Blätter des Nachbarn, welche auf mein Grundstück fallen, bezahlen und dann gibt das rund 200 Gramm mehr.

Es gibt so viele mögliche Varianten. Es wurde bereits so viel diskutiert und abgestimmt. Jetzt schon wieder eine extra Kurve zu fahren, kurz bevor man über das Wesentliche diskutieren kann, macht für unsere Fraktion keinen Sinn. Wir sind nicht bereit eine Kehrtwendung auf dem halben Weg einzulegen. Wir müssen jetzt über die Vorlage sprechen und über dieses Abfallreglement.

Bei der Variante 1 geht es nicht nur um Grüngut meine Damen und Herren, sondern es geht auch um Papier, Karton, Weissblech, Glas und um all diese gratis Entsorgungen, welche ebenfalls finanziert werden müssen. Insbesondere deshalb macht die hier vorgeschlagene Abstufung durchaus Sinn. Es ist einfach und pragmatisch. In der Variante 3 müssten wir wieder Marken an einzelne Bündel kleben und wer mit dem Fahrzeug unterwegs ist muss nachsehen, ob die Marke dran ist und wie breit der Bündel genau ist. Das ist sicherlich nicht effizienter als die jetzt vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante.

Die Fraktion GLP/EVP erachtet die Variante 1 als eine gut durchaus annehmbare Lösung. Es wird leider wieder so sein, dass das ganze Thema wieder verpolitisiert wird und eine Grundsatzdiskussion losgetreten wird, ob das nun über Steuern oder Gebühren finanziert wird. Aber grundsätzlich ist die Variante 1 eine gute und einfache Variante und eine ebenfalls einfach und effizient zu verrechnende Variante. Ansonsten haben wir wieder irgendwelche Anträge für Stellenerhöhungen um das schwierige Inkasso zu bewirtschaften.

Donat Ruedi, CVP: Ich stelle einfach fest, dass Simon Sax weder das E-Mail noch die Synopse, die Harry Lütolf verschickt hat, gelesen oder studiert. Er überlegt sich wahrscheinlich lieber, wie er andere Leute diffamieren kann. Ich bitte Sie, diese Rückweisung und die Gesetzesvorlage, mit der sich Harry Lütolf auseinandergesetzt hat, zu unterstützen. Ich habe bereits in meinem Rückweisungsantrag erwähnt, dass es nicht nur um die Variante 1 oder Variante 3 geht, es geht darum, dass festgestellt wurde, dass das Reglement nicht durch das Band hinweg funktioniert. Das ist der Grund, weshalb man den Bericht und Antrag nochmals überarbeiten muss.

Abstimmung Rückweisung

Dem Rückweisungsantrag wird mit 21 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen zugestimmt.

Meyer Meinrad, Präsident: Die Durchführung der Januar-Sitzung ist noch ungewiss und sie wird vermutlich nicht stattfinden. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute im Rest von diesem doch sehr speziellen Jahr. Schöne Weihnachten und „en guete Rutsch“ ins 2021 und bleiben Sie gesund!

Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Meinrad Meyer
Präsident



Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.